

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FUCHOVA 42. TELEFON 53077.
HERAUSGEBER, SIEGFRIED TAUB. VERANTWORTLICHER REDAKTEUR, DR. EMIL STRAUSS, PRAG.

16. Jahrgang

Donnerstag, 2. April 1936

Nr. 79

„Bundesdienstpflicht“ in Oesterreich eingeführt

Zum Volksheer fehlt nur das Staatsvolk!

Wien. (Tsch. P.-B.) Der Bundestag nahm per Akklamation ein Gesetz an, wodurch die „allgemeine Bundesdienstpflicht für körperliche Zwecke“ eingeführt wird. Der Bundeskanzler als Bundesführer wird dadurch ermächtigt, die Heranziehung der männlichen Bevölkerung vom 18. bis zum 42. Lebensjahre nach Maßgabe des Erfordernisses mit oder ohne Waffen einzuberufen.

Der Bundeskanzler erläuterte Mittwoch vormittags in einer politischen Rede, die auch über alle österreichischen Rundfunkstationen verbreitet wurde, den Zweck dieses Gesetzes und betonte, daß in den breiten Schichten der Bevölkerung schon seit Jahren der Wunsch darnach geäußert wurde.

Trotz der merkwürdigen Benennung dieses Gesetzes und obwohl die österreichische Regierung ausdrücklich bekräftigt, daß es sich um die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht handle, liegt hier offensichtlich die Rückkehr zu diesem Wehr- und Heeres-System vor.

Die §§ 119—122 des Vertrages von St. Germain hatten Oesterreich eine Reihe von Beschränkungen des Wehrsystems auferlegt (Freiwilligenheer von höchstens 30.000 Mann, zwölf Jahre Dienstzeit, Bewaffnung des Heeres nur mit leichten Waffen, Ausbildung und Zweck der Armee, Verbot militärischer Vereinigungen — das längst durchbrochen worden ist — Zahl der Polizisten, Geger, Finanzer etc.).

Die meisten dieser Bestimmungen waren längst außer Kraft gesetzt. Es gab militärische Verbände, die uniformiert und bewaffnet in aller Öffentlichkeit auftraten und sich sogar die Staatsgewalt aneigneten, es gab seit langem wieder schwere Waffen und Flugzeuge und von einer zahlenmäßigen Begrenzung war keine Rede mehr. Die Einführung der Dienstpflicht reicht nur den letzten Stein aus dem längst brüchigen Gebäude.

Daß die Abkehr von den letzten Bestimmungen des Vertrages nur im Gefolge der politischen Ereignisse des Monats März möglich geworden ist, wird trotzdem jeder begreifen. Zuerst hat Hitler durch den „Theatercoup“ vom 7. März den italienischen Kollegen herausgepölkelt, dann hat Mussolini die Kasernen zum Rapport kommen lassen und ihnen offenbar den Auftrag gegeben, ihrerseits die Verträge einseitig und via facta zu ändern. Daß Ungarn demnächst folgen wird, ist kaum noch zu bezweifeln.

Die Vertragspartner und der Völkerbund werden es schwer haben, sich gegenüber Oesterreich oder Ungarn als Hüter der Heiligkeit der Verträge aufzuspielen. Es würde grotesk wirken, wollte man gegenüber den Kleinen eine Rolle weiter spielen, die man gegenüber den Großen aufgegeben hat. Wenn protestiert wird, so müßte der Protest natürlich in Rom überreicht werden. In einer Zeit, da die eine große Garantiearmee von anno 19, England, sich demüht, Hitlers Revisionismus zu sanktionieren, während die andere, Frankreich, den Italienern nachsieht, darf man sich über die Eigenmächtigkeit Oesterreichs nicht wundern.

Eine andere Frage ist die, welchen Nutzen Oesterreich aus dem neuen Wehrsystem ziehen kann. Zahlenmäßig gesehen könnte Oesterreich wohl ein Friedensheer von 60 bis 70.000 Mann aufstellen und in zwei bis drei Jahren genügend Reservemannschaften ausgebildet haben, um 250 bis 350.000 Mann ins Feld stellen zu können, wovon etwa zehn bis zwölf Divisionen (ca. 150 bis 180.000 Mann) als erste Linie in Betracht kämen. Aber zu einem Volksheer gehört auch ein Volk, das den Staat bejaht und zu verteidigen bereit ist. Das österreichische Volk, das zu einem Drittel den heutigen Staat, zu mindestens zwei Dritteln das Regime Staroberg leidenschaftlich ablehnt, ist kein geeigneter Waffenträger.

Oesterreich könnte sofort ein erstklassiges Volkheer haben, wenn es sein jetziges Regierungssystem opferte. Die Schaffung einer legalen Arbeiterbewegung, eines Willensträgers der sozialistischen Volksmassen und seine Heranziehung zur Staatsmacht würde der allgemeinen Wehrpflicht in Oesterreich erst einen Sinn verleihen und sie zur Waffe gegen den Hit-

lerismus machen, freilich auch zur Waffe gegen Mussolini. Wie Oesterreich heute ist, wird die allgemeine Wehrpflicht seine Sicherheit nicht erhöhen, sondern neue Gefahren herausbeschwören.

Ein Generalstabs-Chef

Wien. (AP) Amlich wird gemeldet: Der Bundespräsident hat den Feldmarschallentrant Alfred Janja zum Chef des Generalstabes für die bewaffnete Macht ernannt. General Janja war bis zum Sommer 1935 Militärattaché in Berlin. Das Bureau des Generalstabes verbleibt im Verband des Landesverteidigungsministeriums.

Soldaten gegen Heimwehr

Berlin. (Tsch. P.-B.) Das Deutsche Nachrichtenbüro meldet aus Graz, daß sich dort Dien-

tag abends ernste Zusammenstöße zwischen Angehörigen der österreichischen Bundesstruppen und Mitgliedern des Heimatschutzes ereignet haben. Einer Meldung des Berliner offiziellen Büros zufolge herrschte bereits seit einigen Tagen unter den österreichischen Soldaten in Graz große Unzufriedenheit, da viele von ihnen beurlaubt und durch Mitglieder des Heimatschutzes ersetzt wurden. Die Soldaten hielten eine Versammlung und veranstalteten nachher einen Demonstrationzug auf dem Volksparkplatz, wo sie mit Mitgliedern des Heimatschutzes zusammentrafen. Aufgänger sollen sich den Soldaten angeschlossen haben, worauf eine Schlägerei entstand. Die Erregung nahm immer mehr zu. Erst nach dem Eintreffen großer Polizeiverstärkungen konnte die Ruhe wiederhergestellt werden.

Brauner Fememord

Graz. (Tsch. P.-B.) Der Monteur Georg Hofer wurde Dienstag nachts in Feldbach auf geheimnisvolle Weise entführt. Gegen 21.45 Uhr hielt vor dem Hause, in dem Hofer wohnt, ein Personenautomobil, in dem vermutlich vier Personen saßen. Einer der Insassen des Automobils begab sich in die Wohnung Hofers und zwang ihn mit vorgehaltenem Revolver, ihm in das Auto zu folgen, welches dann eilig davonfuhr. Es liegt zweifellos ein nationalsozialistischer Mordanschlag vor. Die Ermittlungen der Sicherheitsbehörden sind noch in vollem Gange.

Mittwoch morgens wurde nun die Leiche des Hofers außerhalb des Ortes Murek im Saasbach aufgefunden. Nach den bisherigen Feststellungen wurde er erschossen. Für Angaben, die zur Ermittlung der Täter führen, wird eine Belohnung bis zu 2000 Schilling ausgesetzt.

Die deutschen Vorschläge

Keine neuen Zugeständnisse / Berufung auf die 14 Punkte Wilsons

Berlin. (Deutsches Nachrichtenbüro.) In dem Memorandum der deutschen Regierung, das Vorkämpfer von Hindenburg am Mittwoch der britischen Regierung übergeben hat, heißt es unter anderem:

1. Das deutsche Volk ist entschlossen, unter allen Umständen seine Freiheit, seine Selbständigkeit und damit seine Gleichberechtigung zu wahren. Es sieht in der Verletzung dieser natürlichen internationalen Grundzüge des staatlichen Lebens ein Gebot der nationalen Ehre und eine Voraussetzung für jede praktische Zusammenarbeit der Völker, von der es unter keinen Umständen mehr abgehen wird.

2. Das deutsche Volk wünscht mit allen seinen Kräften am großen Werk einer allgemeinen Verständigung und Verständigung der europäischen Nationen zum Zweck der Sicherung des für diesen Kontinent, seine Kultur und seine Wohlfahrt so notwendigen Friedens mitzuwirken.

In dem Memorandum heißt es weiter:

A) Deutschland hat im Jahre 1918 den Waffenstillstand auf Grund der 14 Punkte Wilsons abgeschlossen. Diese haben keinerlei Einschränkung der deutschen Souveränität im Rheinland vor. Im Gegenteil, der hauptsächlichste Grundgedanke dieser Punkte war, durch eine neue Völkerverordnung einen besseren und dauerhaften Frieden aufzubauen. Er sollte im weitesten Umfange dem Selbstbestimmungsrecht gerecht werden, und zwar ohne Rücksicht auf Sieger oder Besiegte.

B) Der königlich britische Außenminister hat in seiner Rede vom 26. März über die entmilitarisierte Zone mitgeteilt, daß diese nur als Ablösung für eine eigentlich von Frankreich im Jahre 1918 angeordnete Lokalisierung des Rheinlandes von Deutschland erreicht wurde. Aus dieser Feststellung ergibt sich, daß die demilitarisierte Zone selbst nur als Folge der vorausgesetzten Verletzung einer auch die Alliierten bindenden Verpflichtung entstanden ist.

Die eigentlichen Vorschläge Deutschlands sind in zahlreiche Punkte gegliedert und reden mit einem gewaltigen Wortschwall um die entscheidenden Fragen herum. Konkret wird so gut wie nichts Neues geboten.

Unter der Voraussetzung völliger Gleichberechtigung und des Verzichtes auf alle Bindungen aus dem Locarnovertrag bietet Deutschland den Westmächten wieder den Luftpakt, den Friedenspakt auf 25 Jahre, die Einbeziehung auch der Niederlande in den Westpakt, die Teilnahme an militärischen Beratungen der Westmächte (das möchte Hitler passen!) und für die Zeit der Verhandlungen die Bildung einer gemischten Kontrollkommission aus einem Engländer, einem Italiener, einem Australier und je einem Deutschen und Franzosen vor. Die über die Aufrechterhaltung des derzeitigen militärischen Zustandes in der Grenzzone wachen soll.

Deutschland erklärt sich bereit, mit den Staaten an seiner Südost- und Nordostgrenze in Verbindung zu treten, um diese zum Abschluß der angebotenen Nichtangriffspakte unmittelbar einzuladen und nach Abschluß dieser Verträge wieder in den Völkerbund einzutreten.

Auch ein — Abrüstungsprogramm wird mit allerhand schönen Einzelheiten entwickelt,

Ein bedeutsames Problem

Wann kommt die Regelung der Selbstverwaltungsschulden?

Von Robert Wiener

In dem am 31. März ausgegebenen Stüd der Gesetzesammlung ist eine Verordnung erschienen, durch die einige Bestimmungen des Gesetzes vom 9. April 1935 über finanzielle Maßnahmen im Bereiche der territorialen Selbstverwaltung abgeändert und ergänzt werden. Diese Verordnung behandelt ausschließlich das Problem der Schuldenzahlung, die ja den wesentlichen Inhalt des Gesetzes vom 9. April 1935 bildet, und es scheint daher die Frage, wann die Schuldenregelung kommt, auf den ersten Blick ganz unangebracht zu sein. Aber leider muß festgestellt werden, daß die erwähnte Verordnung nicht zur beschleunigten Durchführung des Gesetzes beitragen wird, das nun schon bald seinen Geburtstag feiern wird und das formell am 1. Jänner d. J. in Kraft getreten ist, sondern daß sie die Gefahr weiterer Verzögerungen in sich birgt.

Die Verordnung läßt im Einklang mit den Bestimmungen des Artikels XX des Finanzgesetzes für das Jahr 1936 die Beiträge, welche aus staatlichen Mitteln für die Schuldenregelung bereitgestellt werden in dreifacher Weise. Erstens werden den Landeshilfsfonds jene Beiträge abgezogen, die sie dadurch ersparen, daß ihre Schuldverschreibungen infolge der Zinsfußsenkung nicht mit 5%, sondern nur mit 4 1/2% verzinst werden. Dagegen ist an sich nichts einzuwenden, da diese Ersparung nicht auf Kosten der Gemeinden geht, sondern auf Kosten der Gläubigeranstalten. Zweitens sollen jene Ersparungen von der staatlichen Hilfe abgezogen werden, welche die Bezirke und Gemeinden, deren Schulden geregelt werden, auch an ihren nicht in die Regelung einbezogenen Schulden durch die Zinsfußsenkung und durch die Senkung der Amortisationsraten erzielen. Damit wird die Hilfeleistung des Staates für die Bezirke und Gemeinden in einem vorläufig unbestimmten Ausmaße, aber jedenfalls sehr beträchtlich eingeschränkt. Danach ist wohl die Frage gestattet, mit welchem Rechte für andere Gruppen, etwa für die Landwirtschaft eine zusätzliche, über die allgemeine Zinsfußsenkung hinausgehende Entschuldungsaktion gefordert werden kann, wenn den Selbstverwaltungskörpern eine solche Hilfe verweigert wird. Schließlich wird der Anteil, der den Landeshilfsfonds aus den für die Unterstützung finanziell schwächer Bezirke und Gemeinden bestimmten Umsatzerlösberechtigungen zuzuführen soll, von 35% auf 50%, d. i. von etwa 50 auf ungefähr 72 Millionen Kč erhöht. Das bedeutet nun allerdings wieder eine Stärkung des Landeshilfsfonds, aber aus Mitteln, die ohnehin für die Selbstverwaltungskörper bestimmt sind. Die Landesbeiträge, die zur Herstellung des Gleichgewichtes in der laufenden Gewarung notleidender Bezirke und Gemeinden dienen sollen, werden zugunsten der Schuldenregelung empfindlich gekürzt. Es ist richtig, daß all das schon im Artikel XX des Finanzgesetzes für das Jahr 1936 vorgezeichnet war. Aber die bloße Tatsache, daß die Abänderung des Gesetzes über die Schuldenregelung diesen Bestimmungen des Finanzgesetzes erst nach mehr als einem Vierteljahr nachfolgte, zeigt uns, daß um diese Regelung ein bestiger Kampf im Schoße der Regierung geführt wurde, in dem schließlich das fiskalische Interesse über die Bedürfnisse der Selbstverwaltung gesiegt hat. Aber damit mußte nach dem Finanzgesetze gerechnet werden und damit müßten wir uns fälliglich abfinden, in der Erwägung, daß auch die Staatsfinanzen in Not sind und daß insbesondere der Ansehmarkt nicht mehr, als unerlässlich ist, in Anspruch genommen werden soll. Was aber auch dann schwere Bedenken hervorrufen muß, ist die Tatsache, daß durch diese Art der Regelung die Durchführung der Schuldenregelung außerordentlich erschwert wird.

Das Gesetz vom 9. April 1935 setzte den staatlichen Beitrag zur Entschuldungsaktion mit bestimmten, auf die einzelnen Länder ziffernmäßig aufgeteilten Beträgen fest. Von diesen ziffernmäßig bestimmten Beträgen konnten nun vorläufig unbestimmte und nur durch rechtlich verbindliche Verordnungen bestimmbar Summen in Abzug. Wir wissen also heute, ein Satz nach der Kundmachung, drei Monate nach dem formellen Wirksamkeitsbeginn des Gesetzes noch nicht, über welche Mittel die Landeshilfsfonds, zusammen

Todesurteil gegen Spione in USSR

Moskau. (Tag.) Ein Militärtribunal des Obersten Gerichtshofes der Sowjetunion verurteilte drei leitende Beamte der Tomsker Eisenbahntrasse namens Medinowski, Mariemof und Klotchkow wegen konterrevolutionärer Spionage und Organisierung von Sabotage-Akten zum Tode durch Erschießen.

und jeder für sich, außer den 72 Millionen Invalidenanteilen überhaupt verfügen werden. Statt daß die Aktion bereits in vollem Zuge ist, wissen wir heute noch nicht einmal, welchen Wert sie für die Selbstverwaltungsförderung nach den Mürungen erraten werden? Sie können nicht berechnet werden, ehe feststeht, welche autonomen Körperschaften in die Regelung einbezogen werden, und es kann nicht bestimmt werden, welche Körperschaften einbezogen werden, ehe beurteilt werden kann, welche Verträge dafür zur Verfügung stehen.

Die Verteidigungsvorlage im Ausschuß

Positive Stellungnahme der Koalitionsparteien Abänderungen für die Spezialdebatte vorbehalten

Prag. Im Wehrausschuß des Abgeordnetenhauses begann Mittwoch die Aussprache über die Vorlage zur Verteidigung des Staates in Anwesenheit des Verteidigungsministers Machnik und hoher Funktionäre seines Kabinetts. Zum Referenten wurde mit Rücksicht auf die Bedeutung der Vorlage der Aufsichtsvorsitzende David gewählt.

Vor Beginn in die Tagesordnung betonte Minister Machnik die unbedingte Notwendigkeit der Vorlage. Sie ließe alle und alles zur Verteidigung des Staates heran und lenke keine Ausnahmen und keine Privilegien. Er gab an, daß die Vorlage tief in die Eigentumsrechte und Freiheiten aller Staatsbürger einwirke; diese Opfer seien heute unbedingt nötig für die Sicherung der Existenz des Staates und des Lebens seiner Bürger.

Eine große Rolle spielten in der Aussprache die vorgesehenen Bestimmungen über den Ausschluß „unverlässlicher“ Personen von der Beschäftigung in kriegswichtigen Betrieben.

Der Referent David betonte ausdrücklich, in der Vorlage seien Sicherungen vorhanden, damit bei dem Ausspruch über die Unverlässlichkeit niemand Unrecht getan werde. Diese Maßnahmen richteten sich, wie betont werden müsse, nicht gegen die Angehörigen nichtsozialistischer Nationalität. Die Justizbarkeit zu einer bestimmten Nation werde und dürfe kein Kriterium für die staatliche Verlässlichkeit sein: diese werde vielmehr selbstständig beurteilt werden müssen.

den, so in Deutschland und Polen in annähernd demselben Umfang als bei uns. Österreich und Ungarn leben die Heranziehung der Frauen zum Samariter- und Flugabwehrdienst vor. Der Referent beantragt schließlich die Annahme der Vorlage mit einer Änderung hinsichtlich des zitierten Eisenbahngesetzes, das entgegen den ursprünglichen Dispositionen erst später fertig werden wird als das Verteidigungsgesetz.

In der Debatte gab am Nachmittag Genosse Geeger namens unserer Fraktion folgende Erklärung ab:

Es ist selbstverständlich, daß die deutsche Sozialdemokratie zu dem Gesetz über die Staatsverteidigung positive Stellung nimmt. Auch wenn wir nicht in so außerordentlichen arbeitspolitischen Verhältnissen lebten, wäre es Pflicht jeder verantwortungsbewußten Regierung, den Staat gegen alle Gefahren zu sichern. Wenn das Gesetz über die Staatsverteidigung aber gerade in dieser Situation zur parlamentarischen Verhandlung gelangt, und die Probleme der Staatsverteidigung gerade jetzt aktuell sind, so deshalb, weil die internationale Situation gerade jetzt besondere Sachsamkeit erfordert.

Zeit der Beendigung des Weltkrieges ist die internationale Situation noch niemals so schwierig, in geradezu verworren gewesen wie jetzt. Seitdem der Faschismus die Macht in entscheidenden Staaten Europas erlangen hat, hat eine imperialistische Tendenz auf das verhängnisvollste gesteigert und damit die Kriegsgefahr drohend geworden. Vor wenigen Jahren konnten wir noch hoffen, durch ein internationales Abkommen zur allgemeinen Abberührung der militärischen Lasten zu gelangen.

Auch in diesem Gesetzentwurf wird wieder der demokratisch-republikanische Charakter des tschechoslowakischen Staates betont und in der Begründung mit äußerster Eindeutigkeit der unbedingte Friedenswille der tschechoslowakischen Staatspolitik angeprochen.

Ebenso selbstverständlich ist es, daß die Verteidigung des Staates nur beruhen kann auf dem festen Verteidigungswillen seiner Bevölkerung.

Die deutschen sozialistischen Arbeiter haben diesen Willen und sie haben ihn wiederholt in unabweigerlicher Form bekundet. Sie sind darum auch überzeugt, daß die Durchführung des Gesetzes von keinerlei Nebenabsichten begleitet sein, daß sie weder zu einer Beeinträchtigung der sozialen Rechte der Arbeiterklasse, noch zu einer Schwächung der nationalen Widerheiten mißbraucht werden wird.

Unbeeinträchtigt der Stellungnahme zu gewissen Einzelbestimmungen, die wir uns für die Spezialdebatte vorbehalten, erklären wir daher bereits jetzt,

daß wir bei der Schlussabstimmung für die Vorlage votieren werden.

In der Debatte urgierete auf Seiten der Konfession Genosse Bil die Lösung der Frage der Unterhaltbeiträge für die Familien jener Arbeitlosen, die Militärdienst leisten.

Genosse Erba betonte, es nicht zulassen zu können, daß die bürgerlichen Freiheiten über das unbedingt nötige Maß hinaus beschränkt werden, und behält sich in dieser Hinsicht Anträge für die Spezialdebatte vor.

Auch der tschechische Volksparteier Bicanek unterricht, daß nicht die Absicht bestehe, die Widerheiten zu treffen. Die Bestimmungen über das Grenzgebiet wären auch nicht anders ausgefallen, wenn dort nur Tschechen und Slowaken anwesend wären.

Genossin Kozelova sprach sich lebhaft für die kommunisten aus, die gleich zu Beginn einen Arbeiterwohnungsantrag gestellt hatten während Herr Dr. Fetera (SDF) sehr vorsichtig labierte.

Rückblick der Debatte Donnerstag 10 Uhr früh.

Triebe in der tschechischen Volkspartei. Im vorigen Herbst ist es bekanntlich zu schweren Gegensätzen innerhalb der tschechischen Volkspartei gekommen. Auf der einen Seite stand der gewerkschaftliche Flügel der Partei, dessen Vertreter einen entschiedenen demokratischen, arbeiterfreundlichen Standpunkt einnahmen, während auf der anderen Seite die konterrevolutionäre Elemente sich behaupteten.

Billigerer Mais für Karpathorhland. Der Ernährungsminister des Abgeordnetenhauses besuchte sich Mittwoch unter dem Vorsitz des Genossen Jafsch mit der Versorgung Karpathorhlands mit Mais. Abg. Haupt berichtete ausführlich über die Ernährungsverhältnisse und die hohen Maispreise in Karpathorhland.

Der parlamentarische Spar- und Kontrollausschuß befahlte sich am Mittwoch unter Vorsitz des Genossen Remes mit der Angelegenheit der Pöhäntz-Gesellschaft. Er nahm den Bericht des Berichters des Innenministeriums über die getroffenen Maßnahmen zur Kenntnis und wird die Untersuchung in weiteren Sitzungen fortführen.

49 MÄNNER, FRAUEN UND WAFFEN Roman von Manfred Georg Copyright by Dr. Manfred Georg, Prag

Handés Zustand machte eine sofortige Ueberführung in das Krankenhaus notwendig, wo kurze Zeit nach ihrer Einlieferung eine operative Entfernung von Eitern aus der Schädelwunde erfolgte. Nach zwei Stunden hatte die Gendarmerie festgestellt, daß der ober die Täter in einem Auto entkommen waren.

Wir haben sehr zuverlässige Mitteilungen darüber. Wir müssen unsere Aktion so rasch wie möglich in Gang drängen. Vor allen Dingen heißt es jetzt: Pöckel die Front. Sie können versichert sein, daß wir Ihnen jede Hinderung im Befinden der Dame mitteilen werden.

sind der Meinung, daß es wochenlang dauern kann, bis auch nur der Versuch eines Verhörs zu erlauben ist.

Ihr Dr. Wagner. Während Rastropulos gerade über die Möglichkeit, gewisse noch in Opposition befindliche Kreise der Ukraine für die Sache des Herrn Dunamis zu gewinnen, sprach, holte Schumann den beigelegten Zettel aus dem Koffer. Er war vollkommen leer und zeigte nur ein im letzten Belstreich abbrechendes, kriegseliges W.

vielleicht auch ein Weiser über eine Regierung und jetzt nach über hundert Jahren. lag der späte Nachkomme todwund in einem Krankenbett am Semmering, und er, der frühere I. u. I. Rittermeister Werner Schumann war abhängig davon, ob der Schlag eines Mörders auf dieses Haupt tief genug gegangen war oder nicht.

Sudetendeutscher Zeitspiegel

Für Entprivatisierung des Versicherungswesens!

Der Fall „Phönix“ zeigt mit aller Deutlichkeit, daß die bisherige Art der Verwaltung riesiger Kapitalreserven, wie sie die Versicherungshefts darstellen, durch Privatgesellschaften mit letzten Endes rein individualistischer Geschäftsführung sich überlebt hat. Ob man nun der Ansicht ist, daß die staatliche Aufsicht allein immer vorzuziehen ist, oder daß es, wie in diesem Falle, nur an der Person des Aufsichtsbekanntesten lag, die unvoreingenommene Öffentlichkeit wird sicher das Gefühl haben, daß es nicht in der Ordnung ist, wenn die Versicherungsansprüche, zum Großteil aus abgeparteten Großfirmen erworben, vom Ausfalle von Effektenpekulationen und ähnlichen Börsenspekulationen abhängen, die zu unternehmen gerade dem besonderen Talente eines Generaldirektors entspricht. Und wenn die Öffentlichkeit sich mit dieser Seite der Frage beschäftigt, so wird sie ebenso ihr Augenmerk auf die anderen Schönheitsfehler des Versicherungswesens richten, die in der Überdimensionierung des Akquisitionssapparates, der für den einfachen Mann undurchsichtigen Prämienunterschieden usw. liegen, denn unter Versicherungswesen ist nun einmal nicht — was privatkapitalistische Spekulation noch verhältnismäßig erträglich macht — die Angliederung von Kindern, die jähne Weine, oder Sängern, die unbezahlbare Stimmbänder versichern lassen wollen, sondern es ist vorläufig einmal nur in Ansehung des Lebensversicherungswesens, eine recht ernsthafte Sache der Anlage von Kapitalreserven in einem solchen Umfange, daß die Kapitalleitung gesamtwirtschaftlich von höchster Bedeutung ist.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß das Versicherungswesen zu jenen Teilen der Volkswirtschaft gehört, die reif sind für die Entprivatisierung. Handelt es sich hier doch um die Erwerbung von Ansprüchen, für deren Entgelt jahrelang Erfahrung auf Grund exakt wissenschaftlicher Methode die rechnerischen Voraussetzungen festgestellt hat. Warum sollte diese Sparte des Versicherungswesens nicht ebenso der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise entzogen sein wie beispielsweise die Sozial- und die Pensionsversicherung?

Es soll hier nicht bloßer Verstaatlichung das Wort geredet werden, denn es handelt sich nicht darum, den Staat mit einer neuen Aufgabe zu belasten, sondern darum, die größtmögliche Konzentration des Versicherungswesens eine oder eine kleine Anzahl so beschaffener Anstalten zu schaffen, daß die Versicherung verbilligt, d. h. den gegenwärtigen Sterblichkeitskoeffizienten angepaßt, daß die unproduktive Tätigkeit im Akquisitionssapparat, die unsinnige Ausspannerie beseitigt würde, daß mit der Leitung ein Genium, zusammengesetzt aus allen in Frage kommenden Interessentenschichten, unter schärfster öffentlicher Kontrolle betraut wäre, daß die Kapitalleitung von gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten aus zu erfolgen hätte, und daß damit die gewaltigen Kapitalreserven, die in den Versicherungskassen liegen, nicht der Nachstellung einzelner Personen dienen, sondern dort hin geleitet würden, wo sie sozial förderlich wären, so dem Spargedanken, der in der Versicherungsidee liegt, entsprechend.

Man wende nicht ein, daß dies bereits jetzt geschehe. In wie unzureichendem Maße es der Fall ist, zeigt eben der Fall „Phönix“. Die Dislozierung der Prämienrücklagen müßte nach regionalen Gesichtspunkten erfolgen, um so nicht Zusammenballungen zu schaffen, die zwar dem Wachstum einzelner dienen, der Gesamtwirtschaft aber nicht förderlich sind.

Die vorliegende Betrachtung hat sich in erster Linie mit den Lebensversicherungen befaßt, da sie vom Falle „Phönix“ ausgeht. Damit soll nicht gesagt werden, daß nicht auch das Elementarversicherungswesen reif ist für eine Entprivatisierung. Gewisse Diskussionen über Prämienhöhe in der Kraftwagenversicherung haben in der Öffentlichkeit sehr stark den Gedanken aufkommen lassen, daß es wohl möglich sein müßte, die Auswirkungen einer obligatorischen Versicherung von dem Gedanken von Privatgesellschaften unabhängig zu machen.

Der Gedanke der Entprivatisierung des Versicherungswesens sei hiemit zur Diskussion gestellt und die maßgebenden Kreise seien darauf aufmerksam gemacht, daß hier ein Gebiet offen liegt, auf welchem gemeinwirtschaftliche Grundzüge leicht und mit günstigster Wirkung angedacht werden können. T. S.

SdP-Leute als Ausbeuter

Der Ort, aus dem Herr Henlein seinen „Aufbruch“ ist, ist. Interessant, daß man noch heute gerade in dieser westböhmisches Stadt die edle Praxis der glücklichen Volksgemeinschaft in Kleinkultur studieren kann. Die elendesten, nicht mehr zu unterbietenenden Schandlöcher werden nämlich in dieser Betriebe bezahlt, und zwar von Unternehmern, die in der SdP eine Rolle spielen. Beispielsweise ist da der Steinmetzmeister Jobst in Galsau und der Porzellanfabrikant Hoffmann in, welche letzterer seinen Arbeitern bei zwölfstündiger Arbeits-

zeit wöchentlich dreißig Kronen bezahlt! Beide Herren sind SdP-Bezirksvertreter! Vielleicht können wir demnächst noch mit einem dritten Beispiel aufwarten, das die Öffentlichkeit um Herrn Henleins willen noch mehr interessieren wird!

Ein Erfolg der freien Gewerkschaft

Die Firma Haas & Co. in Schlaggenwald hat im Dezember des vergangenen Jahres bei der Bezirksbehörde in Elbogen die vorübergehende Stilllegung ihres Schlaggenwalder Betriebes angemeldet. Die ausschlaggebende Ursache war dabei jedoch die Verlegung eines größeren Teiles der Produktion nach Chodau, bei welchem Anlaß die Veseitigung des Arbeiterbetriebsausschusses erreicht werden sollte. Da die Angaben der Firma nicht richtig waren und ihre Maßnahmen den geltenden Bestimmungen widersprachen, schritt die Arbeiterschaft und der Betriebsausschuß bei der Bezirksbehörde und der Schiedskommission für Betriebsausschüsse in Elbogen ein.

Die Schiedskommission erklärte, daß die Kündigung der Betriebsausschussmitglieder und deren Ersatzmänner zu Unrecht erfolgt ist. Ebenso entschied die Bezirksbehörde in Elbogen, daß die Firma, da sie den Betrieb in Schlaggenwald am 5. März in größerem Umfang wieder aufgenommen hat, ohne mehr als einen Teil der früheren Arbeiter wieder einzustellen und die Kündigungen rechtzeitig anzumelden, verpflichtet ist, die vor der Stilllegung Beschäftigten (ev. minus 15 Prozent) wieder einzustellen.

Durch diese beiden Erkenntnisse der Schiedskommission und der Bezirksbehörde wurden die Absichten der Firma vereitelt. Der Erfolg ist ausschließlich dem Eingreifen der freien Gewerkschaft zu verdanken.

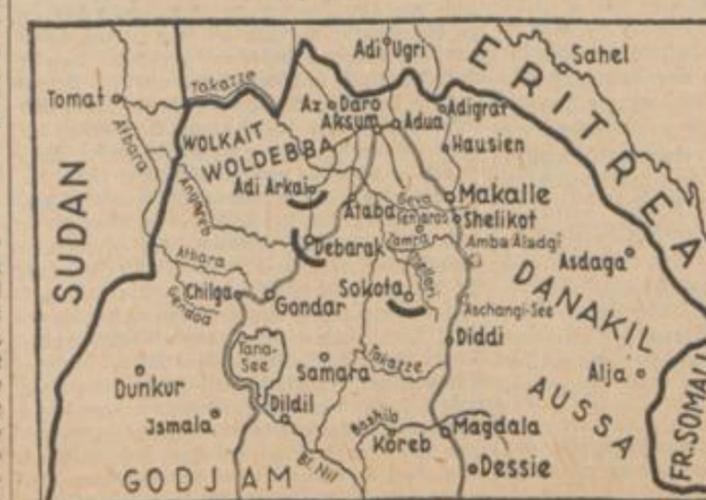
Die Partei-Bezirkskonferenz für den Bezirk Mähr.-Ost. am 29. März in Oberberg

Hierüber wurde berichtet in der „Mähr.“. Ueberaus zahlreich waren die Vertreter der Lokalorganisationen und der sonstigen Organisationen der deutschen Arbeiterbewegung vertreten. Auch die Genossen der tschechischen Partei und der tschechischen Gewerkschaften richteten herzliche Worte an die Konferenz. Eifrig und intensiv wurden die wichtigen Fragen der Weiterführung des Kampfes im Bezirk besprochen. Die Konferenz nahm beifällig und einmütig eine Entschließung an, die der Parlamentarisation und speziell den Genossen Czoch und Taub herzlichen Dank für ihre Arbeit ausspricht. Den Höhepunkt der Konferenz bildete das Referat des Genossen Leininger. Tropfen: „Unser Kampf gegen Krise und Kriegsgefahr“. Seine einstündigen Ausführungen wurden mit großer Spannung verfolgt. Starke Beifall am Schluß des Vortrages bewies die einheitliche Auffassung der Konferenz zu den großen politischen Fragen. Eine ausgiebige Debatte, die auf guter geistiger Höhe stand, folgte. Die Bezirksleitung wurde ohne wesentliche Veränderungen wiedergewählt, vornehmlich der bisherige Bezirksvertrauensmann Genosse Pelka-Oberberg. Mit begeisterten Freizeitsufen und dem Abhängen der ersten Strope der „Internationale“ wurde die Konferenz geschlossen.

Dreijahresplan für die genossenschaftliche Schuberzeugung.

Der Gen.-Verband hat für seine Schuberzeugung in Böhmischem-Kammitz einen Dreijahresplan zur Steigerung der Produktion aufgestellt. Nach diesem Plan soll die Schuberzeugung der Kammitzer Fabrik in der Periode von 1936/37 um 85 Prozent über den Produktionsstand von 1934/35, in der Zeit 1935/36 um 48 Prozent über den Stand von 1934/35 und 1937/38 um 123 Prozent über den Stand von 1934/35 erhöht werden. Die Schuberzeugung soll also in drei Jahren mehr als verdoppelt werden.

Wo stehen die Italiener im Norden?



Eine Ueberflutungskarte zu den jüngsten Truppenbewegungen in Nord-Abessinien. Die Italiener haben nunmehr die Orte Addi Arcat, Debaral und Socota erreicht, von denen namentlich das letzte einen wichtigen Karawanennotenpunkt darstellt. Das nächste Ziel der italienischen Truppen dürfte nunmehr der Lana-See sein, der bekanntlich für die Wasserversorgung Ägyptens entscheidend ist.

Eine Ueberflutungskarte zu den jüngsten Truppenbewegungen in Nord-Abessinien. Die Italiener haben nunmehr die Orte Addi Arcat, Debaral und Socota erreicht, von denen namentlich das letzte einen wichtigen Karawanennotenpunkt darstellt. Das nächste Ziel der italienischen Truppen dürfte nunmehr der Lana-See sein, der bekanntlich für die Wasserversorgung Ägyptens entscheidend ist.

Die brennende Grenze

Japaner 45 km tief in der Mongolei

Aus Moskau wird eine neue Verletzung der mongolischen Grenze durch japanische Truppen gemeldet. Diesmal handelt es sich aber um einen regelrechten kleinen Kriegszug, denn eine stärkere japanische Abteilung verschiedener Waffengattungen hat die Grenze überschritten und einen Angriff auf die 45 Kilometer landeinwärts liegende Stadt Tamsuk-Bulal unternommen. Zurückgeschlagen, sind die Japaner neuerlich zum Angriff auf die mongolische Stadt übergegangen. Der Kampf auf mongolischem Boden dauert noch an.

Infer ständiger Mitarbeiter für die fernöstlichen Fragen äußert sich über die Hintergründe und möglichen Folgen des neuen Zwischenfalls folgendermaßen:

Die Grenze zwischen der Mongolischen Volksrepublik, die unter russischem Protektorat steht, und der Mandchurei ist immerhin so klar demarkiert, daß es wunder nehmen muß, daß kaum ein Tag vergeht, an dem keine Grenzverletzungen stattfinden. Diese Grenze wird nämlich von einer Reihe sich von Norden nach Süden hinziehender kleinen Seen gebildet. Es ist völlig unwahrscheinlich, daß die japanischen Offiziere nie gemerkt haben, daß sie auf mongolischem Gebiete sind, als sie einen so bedeutenden Ort wie Tamsuk-Bulal erreichten, der 45 Kilometer von der Grenze entfernt auf mongolischem Gebiete liegt.

Es ist schwer zu sagen, wie sich die weiteren Ereignisse entwickeln werden, aber es ist sehr unwahrscheinlich, daß es sich um mehr handelt, als um einen gewöhnlichen Grenzverstoß. Noki Hirota, der neue japanische Ministerpräsident, führt seine Außenpolitik unter der Parole durch: „Sieg ohne Krieg“. Die letzten Verhandlungen in der Verlegung der wichtigsten Posten in der Kwantung-Armee deuten auf darauf hin, daß man einen Kompromißkurs treiben will. Der frühere Oberbefehlshaber der Kwantung-Armee, zugleich der japanische Vorkämpfer in Mandchukuo, Minami, der, wenn

schon kein Kräftig, doch ein ziemlich radikal gesinnter General ist, wurde durch den gemäßigteren General Hveda ersetzt. Die eigentliche Seele aller nordchinesischen Abenteuer, General Doihara, ist gleichfalls abgerufen worden. Es scheint überhaupt, daß Hirota gewillt ist, die beiden rivalisierenden Generälskriegen, an deren Spitze Araki und Hatahira stehen, aus dem obersten Kommando auszuschalten und durch Nachmilitärs zu ersetzen. In dieser Richtung liegen auch die neuesten Ernennungen zum Obersten Kriegsrat, wobei einerseits Araki, andererseits Hatahira mit ihrem Anhang zur Disposition gestellt wurden.

Hirota beabsichtigt wahrscheinlich auch nicht, die ohnedies schwierige Lage des Marischalls Tschangkai-schek noch mehr zu erschweren. Man ist nämlich in den Kreisen der Kuomintang mit der schwächlichen Haltung des Marischalls gegenüber Japan recht unzufrieden. Das Zentrum dieser Unzufriedenheit befindet sich in Nanton, wo sich der alte Parteiführer Hu Han-min in ziemlich offener Weise gegen die Außenpolitik von Tschangkai-schek ausgesprochen hat. Auch die Situation in der Provinz mongolei ist sehr unklar. Den Japanern ist es allerdings gelungen, den jungen Prinzen Tschang auf ihre Seite zu bringen. Aber das Gros der mongolischen Kämpfer hat sich entschieden gegen die japanischen Anträge und für die Allianz mit Kuomintang ausgesprochen.

Rundfunk als Friedensinstrument

Einberufung einer internationalen Konferenz durch den Völkerbund

Der Generalsekretär des Völkerbundes hat den Mitgliedsstaaten die berichtigte Vorlage eines internationalen Abkommens über die Verwendung des Rundfunks im Interesse des Friedens übermittelt. Dieses Abkommen wurde bereits zweimal von den Regierungen der Mitgliedsstaaten geprüft und auch in der Völkerbunderversammlung vom September 1935 beraten. Die Völkerbunderversammlung hatte erklärt, daß es am Plage sei, eine diplomatische Konferenz zur endgültigen Ausarbeitung des Abkommens einzuberufen und ersuchte den Völkerbundrat, in diesem Sinne alle Maßnahmen zu treffen. Der Völkerbundrat hat beschlossen: 1. Daß die Konferenz für ein internationales Abkommen über die Verwendung des Rundfunks im Interesse des Friedens am 3. September 1936 zusammentrete, 2. daß zu dieser Konferenz außer den Mitgliedsstaaten auch folgende Länder eingeladen werden: Deutschland, die Vereinigten Staaten von Amerika, Brasilien, Costa Rica, die Freie Stadt Danzig, Ägypten, Island und Japan, 3. daß der Generalsekretär des Völkerbundes die Regierungen der Mitgliedsstaaten aufmerksam mache, die Delegierten rechtzeitig zu der genannten Konferenz zu entsenden. Die Regierungen der Mitgliedsstaaten sollen außerdem dem Völkerbunde bis zum 15. Juli 1.3. ihre eventuellen Anmerkungen zu dem letzten Entwurf des Abkommens über die Verwendung des Rundfunks im Interesse des Friedens übermitteln.

Verstaatlichung der Duxer und Teplitzer Polizei.

Die Polizei von Dux und Teplitz-Schönan wird ab 1. Mai d. J. verstaatlicht. Das Teplitzer Korps der Staatspolizei wird 180 bis 150 Mann zählen. Zugleich soll eine Expositur der Staatspolizei in Katharinenberg errichtet werden.

Rückfragen an Ribbentrop

London. Die britische Regierung wird auf das deutsche Memorandum keine Antwort erteilen, bevor sie sich nicht mit Frankreich und Belgien beraten haben wird. Der diplomatische Leiter-Berichterstatter hat den Eindruck gewonnen, daß noch einige Zeit vergehen wird, bevor die Antwort auf das deutsche Memorandum ausgearbeitet werden wird.

Unterdessen wird Minister Eden am Donnerstag mit Ribbentrop eine Unterredung haben und ihm einige Fragen vorlegen, durch die er bestimmte Aufklärungen über das deutsche Memorandum erlangen will. Dieses Vorgehen wurde nach der Mittwoch nachmittags stattgefundenen Beratung Edens mit dem französischen und dem belgischen Vorkämpfer beschlossen. Am Nachmittag fand ein Kabinettsrat statt, der über die Fragen beriet, welche Eden Ribbentrop vorlegen soll.

Der Kabinettsrat traf auch die Entscheidung über die Besprechungen des britischen Generalstabes mit den Generälskriegen Frankreichs und Belgiens, obwohl das genaue Datum noch nicht festgesetzt ist. Das Verhandlungsprogramm, das die Grundlage dieser Unterredungen bilden wird, wird im Einvernehmen mit der französischen und der belgischen Regierung ausgearbeitet werden.

Sieg über den Negus

Rom. (Stefani). Marischall Badoglio teilt in seinem Heeresbericht mit:

Im Gebiet des Aschangi-Sees hat Dienstag, am 31. März, in der Richtung auf Luoram eine große Schlacht stattgefunden. Das Heer des Negus mit den Gardetruppen, die mit allen modernen Waffenarten ausgerüstet sind, hat einen Angriff auf unsere Stellungen unternommen. Der Tag schloß mit dem vollen Sieg unserer Waffen. Die abessinische Aktion, die erwartet worden war, begann um 6 Uhr morgens und dauerte bis 18 Uhr abends. Alle Frontal- und Umgehungsangriffe wurden zurückgeschlagen. Am Nachmittag fand unsere nationalen und erdtrübschen Truppenformationen zum Gegenangriff übergegangen und haben den Feind in die Flucht geschlagen. Die Abessinier zogen sich in regelmäßiger Flucht zurück und wurden dabei von unseren Flugzeugen und unserer Artillerie bombardiert. Die Verluste auf Seiten des Negus sind sehr schwer: sie werden auf 7000 Tote geschätzt. Darunter befindet sich eine größere Anzahl Unterführer. Es wurden viele Gefangene gemacht und große Mengen von Waffen erbeutet. Unsere Gesamtverluste betragen: zwölf Offiziere und 51 Soldaten des Heimesheeres; 44 Offiziere und 152 Soldaten des Heimatheseres wurden vermisst. Unter den erdtrübschen Truppen gab es 800 Tote und Verwundete. Unsere Flieger haben lebhaften und wirksamen Anteil an der Schlacht genommen und wurden vom Gegner angegriffen, wobei viele Flugzeuge getroffen wurden.

Aus Angaben von Gefangenen geht hervor, daß die abessinischen Truppen ungefähr mit 20.000 Mann an der Schlacht beteiligt waren und daß der Negus persönlich den Angriff gegen unseren linken Flügel geleitet hat.

Prager Zeitung

Frühlingsschleifen

Man geht an Vorgärten entlang. Flüchtig raschelt es hinterm Zaun. Ein Mann richtet sich auf. Ein Gärtner mit braunem Gesicht. Am Nacktknopf hat er einen dicken Wollknoten. Einen Gartenschlauch hält er zwischen den Zähnen, ein schmales zähes Band. Er bindet den wilden Wein am Zaun fest, bindet lauter kleine schmale Schleifen, nicht zu locker, aber auch nicht zu fest, damit die Rante sich regen kann.

Mit zungen Feldern ist er schon fertig. Die zierlichen Schleifen schmiegen sich um Latte und Ranken. Die Ranken sind fleischig und verblühen in der Hitze, und an den Ranken schlafen noch alle Blättchen geschlossen und wartend, aber doch ist da mit einemmal etwas neu und anders geworden. Die Wollschleifen künden das Neue an: der Frühling ist da und der Sommer wird kommen.

Lege schmäßige Winterreste liegen noch überall umher, vermoderte Blätter, vom Sturm abgerissene Zweige, morsche Strahlenbahnfahrzeuge, die der Wind durch den Zaun in den Garten geweht hat. Aber die Frühlingsschleifen leuchten am Zaun — das ist der Anfang.

Und so sollte man den Frühling darstellen, nicht als naiven Jüngling, der lächelnd über erwachende Blüten schweift, nicht als blütenfreundende Göttin, sondern als braunen Gärtner mit der Wollschleife am Nacktknopf. Güter sind Chimäre; sie erscheinen auf den Bildern der Familienzeitschriften. Aber die Zeitchrift gedruckt ist, kann es noch einmal scheitern. Und nichts ist lächerlicher als ein Frühlingsschleifen, der den Samen hat. Auf Güter ist kein Verlass. Wenn aber der Mann mit der Wollschleife erscheint, dann ist es wirklich so weit.

Er raschelt hinterm Zaun und bindet die Ranken fest. Mit kleinen Wollschleifen bindet er den Frühling und den Sommer fest. Der Zaun ist das Gerüst, an dem er mit schmalen Bändern die kurze Aktion des Südens befestigt, mit der uns auf dem 50. Breitengrade zwischen Frühling und Herbst der Sommer tröstet.

Die Wollschleifen sind zähe und von schattiger samer Feinheit. Aber die Sommerhitze wird sie rösten und morisch machen, und im Herbst werden sie grau und schmutzig und zerfallen unter den einblättrigen Ranken wieder zum Vorhanden kommen. Das sommerliche Fest wird zu Ende gehen. Aufsten Klüften ist keine Dauer beschieden. Sie sterben in kalten Gärten — wenn überhaupt in Gärten.

Der Gärtner aber hat uns, ohne daß er es ahnt, etwas Gutes angeht. Er ist der Frühlingsschleife, und wir leben auf, wenn wir ihm begegnen. Denn dem Herzen tun die Klüften wohl, mit denen der Frühling die Menschen betört.

Eine Provokation des Vis „Avion“.

Das Prager Vis „Avion“ hat einen Geschäftsvorfall unterer Verwaltung mit folgender Bemerkung in tschechischer Sprache zurückgeschickt:

S. T.
Ihren Brief betrachten wir als Gipfelpunkt der Provokation. Es ist Ihnen doch ferner bekannt, daß Sie im tschechischen Prag sind und einem tschechischen Unternehmen schreiben. Sie konnten also sowohl Tschechisch und Tschechisch schreiben und Tschechisch schreiben.

Von dieser Unternehmung in Tschechisch und Tschechisch mögen alle die vielen Deutschen, die auch das Vis Avion besuchen, Kenntnis nehmen!

Zur Ordnung und Selektion des Fremdenverkehrs in Prag und in der Republik dient insbesondere die Einrichtung der vorläufigen *Spěšná kontrola* auf den Prager Bahnhöfen. Die Geschäftsleute, die dem tschechischen Besucher, vor allem auch dem sprachunfähigen, indem sie ihn durch behördliche Forderungen einschüchtern, eine Krone abzapfen, während der Orts- und sprachkundige sich gegen den Anschlag auf seine Tasche geschäftlich mit Erfolg zu wehren weiß (Zweierstündiges führt kaum irgendwer von den Passanten mit), sind eine alte *bandage*. Solange sie ihr Gewerbe tatwoll und auchhaltend ausüben, mag man sich aber damit abfinden, daß hier ein paar Leute ihr Brot haben, obgleich es die Gemeinde Prag weit

mehr kosten muß, als das Geschäft es einbringt. Neuerdings ist aber am Rosard-*Waldhof* ein besonders forwärtiger Herr eingerichtet, dessen Haltung und Ton gewiß nicht dazu beitragen, dem Fremden einen freundlichen Eindruck von der Hauptstadt zu vermitteln. Die *Feldwebel-Bilaga* als Haus-Zeigen über dem Tor zur Stadt — das ist ein schlechter Einfall und die Verantwortlichen sollten sich, wenn der ganze Betrieb schon unerlässlich sein sollte, wenigstens bestimmen lassen, freundschaftliche und weniger „dienstfertige“ Leute aufzustellen. Denn Geld trägt es ohnehin keines, da der verärgerte Besucher meist lieber den Koffer öffnet als daß er die Krone spendiert, aber moralisch schadet es unermesslich!

Eine Friedensfundgebung der fortgeschrittenen Frauen

veranstalten die Liga für Menschenrechte und das *Sondiat* der arbeitenden Frauenintelligenz am Donnerstag, 2. April, im großen Saal der tschechischen Zentralbücherei, Prag I., *Marianka* n. n. 68, um 19.30 Uhr.

Das Böhmisch-Sternberger Erholungsheim für Privatangehörige

hat am 1. April seine diesjährige Saison eröffnet. Am 10. Mai findet von Prag aus eine feierliche Fahrt nach dem *Deim* in Sternberg statt. Sie wird von dem Erhalter des gemeinnützigen Unternehmens, dem Einheitsverband der Privatangehörigen, veranstaltet. Das Hauptbüro des Verbandes in Prag II., *Ra Klotens* 18, gibt jede gewünschte Auskunft über das *Deim* und die Fahrt.

Kunst und Wissen

Das Theater der Geistes.

Der englische Gelehrte, *Sir Robert Vagot*, trägt sich schon längst mit Gedanken, die eine Sprache der Geistes und Zeichen betreffen, einer Sprache, die ohne weiteres allen Menschen verständlich sein müßte, ohne Unterschied der Nationalität und des Bildungsgrades. Im Laufe mehrerer Jahre beobachtete *Vagot* zwei Schimpanzen im Londoner zoologischen Garten und stellte mit ihnen allerlei Experimente an. Außerdem hat er viel Mühe zur Schaffung einer sogenannten „natürlichen Panamint“ verwendet, die geeignet wäre, die menschliche Sprache zu ersetzen. Die Arbeiten *Vagots* sind nun so weit gediehen, daß er sich ein kleines Theater gemietet hat (das „*Adephi*“ Theater in London), und jetzt darin Stücke in seiner Geistes- und Zeichensprache aufzuführen läßt. Die Premiere fand vor drei Tagen statt. Vor Beginn der Vorstellung hielt *Vagot* einen Vortrag, in dem er nachzuweisen suchte, daß unsere Sprache sich allmählich einem System automatischer Rhythmus und Handbewegungen nähert. In vielen Fällen fällt die Redeweise, Worte auszusprechen, überhaupt bereits weg. Die natürliche Sprache der Geistes und Zeichen aber kann allen zugänglich, allen verständlich sein. Man kann sich an sie sehr leicht gewöhnen. Als dann der Vortrag aufging, hatten die Zuschauer in den ersten Minuten das Gefühl, in ein fremdes Getöse zu sein. Aber dieser Eindruck hielt nicht lange an. Mit jeder weiteren Minute wurde das

Wort auf der Bühne vorging, klarer und verständlicher. Im Saal war die Rede von einem jungen Hüter und seiner Frau, die infolge eines Motordefektes gezwungen waren, auf einer unbefamten Insel vorzulanden. Die Begegnungen werden von Mannhalten und Frauen, die infolge eines Motordefektes gezwungen waren, auf einer unbefamten Insel vorzulanden. Die Begegnungen werden von Mannhalten und Frauen, die infolge eines Motordefektes gezwungen waren, auf einer unbefamten Insel vorzulanden.

Klavierabend der Deutschen Musikakademie.

Angenommen heute 20 Uhr, Prag II., *Charvatova* Nr. 5.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters.

Donnerstag halb 8: Das Mädchen aus dem goldenen Vektor, neunzehnter, 12. — Freitag halb 8: Ein Kind flagt an, Erstaufführung, 1. — Samstag halb 8: Große Liebe, Erstaufführung des Theaters in der Josefstadt, Abonnement aufgehoben. — Sonntag halb 3 Uhr: Der Freischütz, Arbeitervorstellung, halb 8: *Ving-Rong*, Gastspiel des Theaters in der Josefstadt, Abonnement aufgehoben.

Spielplan der Kleinen Bühne.

Deute, Donnerstag 8: Unentschiedene Stunde. — Freitag 8: Dr. med. *Hoch* *Pratorius*. — Samstag halb 8: Ich und mein kleiner Bruder, Erstaufführung. — Sonntag 3: Col lege Erstaufführung. 8: Ich und mein kleiner Bruder.

Stenotypistin

mit längerer Praxis, der tschechischen und deutschen Sprache vollkommen mächtig, gesucht. Längere Betätigung auf sozialem oder gewerkschaftlichem Gebiet, bevorzugt. Zuschriften an die Verwaltung „Sozialdemokrat“, Prag XII., *Podkova* II. 62.

Vereinsnachrichten

Freitag, den 3. April, treffen wir uns alle um 8 Uhr abends im Restaurant „*Il Sedivich*“ in Prag II., *Ra* *Bohdi* (gegenüber dem Sanatorium *Schneiber*), zu einem gemütlichen Beisammensein mit unseren Samariern, die zu einem achtstündigen Kurs hier sind. Die *XX-Samariter* nehmen ebenfalls teil. Referenten: Genossen *Senator* *Printich* *Küller*, *Verbandssekretär* *Hilman*.

Deutsche sozialdemokratische Frauenorganisation Prag

Freitag, den 3. April, 8 Uhr abends, im Parteibüro, *Rarodni* II. 4, Frauenabend mit Vortrag des Genossen *Dr. E. Franzel* über das Thema

„Zwischen Frieden und Krieg“

Aus der Partei

Bezirksfrauenkomitee, Freitag um 7 Uhr Sitzung.

Kinderfreunde

Jene Mütter, welche am Opretlager im *Prdubov* teilnehmen, kommen am Freitag um 5 Uhr ins Parteibüro zu einer Besprechung. Nächster Termin für Neuanmeldungen zum Opretlager.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Bei Kesselfrost und Hautjucken ist in jedem Falle Kagen und Darm durch den Gebrauch des rein natürlichen „*Frang-Josef*“ Bitterwasserstoffs öfters gründlich zu entleeren. Herzlich bestens empfohlen.

Am Sonntag beginnt das „*Pariser Tageblatt*“ mit der Veröffentlichung des spannenden Zukunftsromans

Der Untergang von Prag

Der englische Schriftsteller *E. Fowler Wright* liefert hier ein Bild von Geschehnissen, die Europa jeden Tag überraschen können. Dieser Roman ist von so unerhörter Spannung, daß er den Leser von der ersten bis zur letzten Fortsetzung fesseln wird.

In allen Klassen erhältlich.

Sobest erschien das sensationelle Buch:

Manuel Humbert:

„*Hitlers Mein Kampf — Dichtung u. Wahrheit*“ mit einem Vorwort von *Geinich Mann* (Umfang 400 Seiten). Preis 30 Hec.

Verlag „*Pariser Tageblatt*“ 3381 Paris 8., 5, Rue La *Bohdi*.

Zemská banka

(früher Landesbank des Königreiches Böhmen)

Bilanz per 31. Dezember 1935.

Kategorie	Kč	Kategorie	Kč
Aktiva		Passiva	
I. a) Barbestände in tschechoslowakischer Währung	42.133.719	I. Betriebsgrundfonds	56.000.000
b) Barbestände und Münzen	64.025	II. Allgemeiner Reservefonds	Kč 24.020.468
II. Guthaben von Bankanstalten	93.719.091	III. Spezialreservefonds der Filiale in Bratislava	6.596.203
III. Wechsel und kaufmännische Anweisungen	639.198.255	IV. Reservefonds vom Jahre 1926	14.019.700
IV. Wertpapiere	1.720.808.846	V. Reservefonds für Kursverluste an Wertpapieren eigener Emissionen	500.000
V. Wertpapiere des allgemeinen Reservefonds	13.095.368	VI. Kucheroedentische Reserven	13.509.237
VI. Realitäten des allgemeinen Reservefonds	10.292.442	VII. Allgemeiner und spezieller Pensionsfonds	133.774.697
VII. Wertpapiere des Spezialreservefonds der Filiale in Bratislava	6.589.110	VIII. Einlagen auf Einlagebüchel	1.374.509.257
VIII. Wertpapiere des allgemeinen und speziellen Pensionsfonds	133.773.887	IX. Einlagen gegen Kassaheine	93.194.400
IX. Wertpapiere des Kurhauses der Zemská banka in Karlsbad	1.235.967	X. a) Einlagen im Kontofortente	2.531.534.959
X. Vorküsse und Kredite in laufender Rechnung	1.422.673.478	b) Vorübergehendes Guthaben der Kreditoren in Giroform	142.447.805
XI. Sicherstellte Kredite	247.909.013	XI. Einlagen aus Darlehensgeschäften	64.443.680
XII. Kommunaldarlehen	2.406.593.547	XII. Kommunalschuldheine	2.087.398.100
XIII. Restitutionsdarlehen	133.322.397	XIII. Restitutionsheine	34.814.800
XIV. Eisenbahndarlehen	108.939.623	XIV. Eisenbahnschuldheine	108.908.400
XV. Realitäten	32.329.396	XV. Verloste Schuldheine und fällige Zinsheine	2.144.744
XVI. Inventar	1.840.259	XVI. Hebergangsböhen	50.323.018
XVII. Rückstände aus Darlehen und Krediten	20.479.225	XVII. Hebergang	1.485.424
XVIII. Hebergangsböhen	4.827.570	XVIII. Banfmäßige Depoziten	10.703.971.591
XIX. Effekten der banfmäßigen Depoziten	10.703.971.591	XIX. Gerichtsmäßige Depoziten	319.041.587
XX. Effekten der gerichtsmäßigen Depoziten	319.041.587		
Zusammen:	18.062.638.696	Zusammen:	18.062.638.696

Gewinn- und Verlustkonto per 31. Dezember 1935.

Kategorie	Kč	Kategorie	Kč
Einnahmen:		Ausgaben:	
Zinsen	284.342.445	Zinsen	268.003.205
Provisionen und Courtage	6.195.300	Provisionen und Courtage	195.010
Regiebeiträge	10.019.199	Steuern, Gebühren und Beiträge	3.579.138
Ausdifferenz bei Schuldheinen eigener Emission	2.644.815	Regresslagen	28.991.030
Kursverlust an Wertpapieren fremder Emission	2.796.211	Abschreibung von Realitäten	502.507
Ertrag der Realitäten	933.946	Abschreibung vom Inventar	383.732
Diverse Erträge	168.130	Zuteilung dem allgemeinen Pensionsfonds	6.000.000
Zusammen:	307.120.046	Hebergang	1.485.424
		Zusammen:	307.120.046



Adolf Wohlbred in „Austria“

W e z u g s b e d i n g u n g e n: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch di. Post monatlich Kč 16.—, vierteljährig Kč 49.—, halbjährig Kč 96.—, ganzjährig Kč 192.—. — Inserate werden laut Tarif billigt berechnet. Bei öfteren Einhaltungen Pretschick. — Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlegung der Retourmarken. — Die Zeitungsdruckerei wurde von der Post- und Telegraphendirektion mit Erlaß Nr. 18.800/VI/1930 bewilligt. — Druckerei: „*Lebis*“, Druck-, Verlags- und Zeitungs-A.-G., Prag.